

Regierungserklärung zur Schulreform

Gesamtkonzept für Weiterentwicklung des Schulwesens vorgelegt

Die Bayerische Staatsregierung beginnt ab dem kommenden Schuljahr die Strukturreform für Haupt- und Realschulen und wird in den Jahren 2002 bis 2006 weitere 1300 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Diese Kernaussagen traf Kultusministerin Monika Hohlmeier bei ihrer Regierungserklärung am 11. Februar vor dem Bayerischen Landtag.

Dem Konzept der Regierungserklärung, der zähe Verhandlungen zwischen der Kultusministerin und dem Finanzminister vorangegangen waren, hatte die CSU-Landtagsfraktion am Vortag zugestimmt.

Bildungsoffensive für die Jugend

Die Regierungserklärung unter dem Titel „Für die Zukunft unserer Jugend – Bildungsoffensive Bayern“ – umriss ein Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung des bayerischen Schulwesens. Es beruht auf dem Hauptziel, die Kinder und Jugendlichen entsprechend ihren unterschiedlichen Begabungen bestmöglich zu fördern. Deswegen wolle die Bayerische Staatsregierung das gegliederte Schulwesen auch für die Zukunft stärken.

- Daneben wird in einer Überleitungsphase von acht Jahren die **s e c h s - s t u f i g e R e a l s c h u l e** eingeführt. Zur Begründung dieser Reform verwies die Kultusministerin auf die positiven Ergebnisse des Schulversuchs seit 1992 und betonte in diesem Zusammenhang, dass Teilhauptschulen hauptsächlich durch die demographische Entwicklung in ihrem Bestand gefährdet würden.
- Als weitere Priorität in der nächsten Zeit bezeichnete Kultusministerin Hohlmeier die **R e f o r m d e r O b e r s t u f e** des Gymnasiums. Dabei solle die Allgemeinbildung vertieft werden

Dabei dürfe es nicht nur um Abitur und Studierfähigkeit gehen, vielmehr müsse die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten und Lebenswege berücksichtigt werden. Auf die unterschiedlichsten Anforderungen müsse also das gegliederte Schulwesen vorbereiten, auch auf Anforderungen der Zukunft.

Innere Schulreform

Als zentralen Teil der Bildungsoffensive stellte Kultusministerin Hohlmeier die angestrebte innere Schulreform vor. Sie soll hauptsächlich durch folgende Maßnahmen erfolgen:

- Zur Verbesserung der **U n t e r r i c h t s - q u a l i t ä t** werden bereits eingeleitete Initiativen weiterverfolgt. Das gilt insbesondere für die „Bildungsoffensive Mathematik“, den Landeswettbewerb Mathematik und das verstärkte naturwissenschaftliche Profil in den **Stundentafeln des Europäischen Gymnasiums**. Ausgeweitet werden soll der Fremdsprachenunterricht an Grundschulen, Realschulen und in der beruflichen Bildung. Neben intensiver Schulung im Umgang mit neuen Medien soll außerdem das Grundwissen gestärkt und

durch Festlegung von Deutsch, Mathematik und Fremdsprache als verpflichtende Abiturfächer. In einem Seminarfach könnte wissenschaftspropädeutisches, fächerübergreifendes und projektorientiertes Arbeiten besonders gefördert werden. In der Kultusministerkonferenz werde derzeit über eine Öffnungsklausel nachgedacht, die es den Ländern erlauben soll, die bisher vereinbarten Mindeststandards für das Abitur zu überschreiten.

Bewältigung des Schülerbergs

Neben den Reformmaßnahmen umfasst die Bildungsoffensive auch Vorkehrungen zur Bewältigung der weiter steigenden Schülerzahlen. Die Gesamtkosten bis 2006 bezifferte Hohlmeier mit knapp 2,2 Mrd.

durch Tests in verschiedenen Fächern und Jahrgangsstufen geprüft werden.

- Die **L e h r e r f o r t b i l d u n g** soll schulintern und regional verstärkt werden. Für Schulleiter werden spezifische Fortbildungsangebote entwickelt.
- Das **L e h r a m t s s t u d i u m** soll praxisnäher, die pädagogisch-psychologische Qualifikation in allen Lehrämtern verbessert werden.
- **M i t v e r a n t w o r t u n g** der Eltern und Schüler sollen ausgeweitet werden.

Strukturelle Schulreform

In engen Zusammenhang mit dem Anliegen der inneren Schulreform stellte Kultusministerin Hohlmeier auch die Strukturreform. Dafür erläuterte sie folgende Maßnahmen:

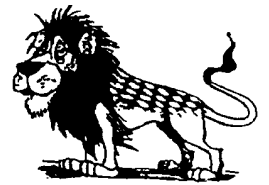
- Die **Hauptschule** wird differenziert durch Einrichtung von sog. **M-Kursen, -Klassen oder -Zügen**, die in vier Jahren, also ab Jahrgangsstufe 7, auf den mittleren Schulabschluss an der Hauptschule vorbereiten. Daneben werden für Schüler, die unter Umständen den normalen Hauptschulabschluss nicht erreichen, im letzten Schuljahr **Praxisklassen** eingerichtet, die auf Verbesserung der Grundkenntnisse in Deutsch, Mathematik und Arbeitslehre sowie auf praktischen Unterricht besonderen Wert legen.

Sie verteilen sich im Verhältnis von 1:3 auf Reformen und Bewältigung des Schülerbergs. Dafür habe die Staatsregierung über die viermal 500 Zwei-Drittel-Stellen hinaus weitere 1300 „volle Einstellungsmöglichkeiten“ beschlossen. Allerdings sei auch neben anderen Sparmaßnahmen eine Ausweitung des Arbeitszeitkontos auf 5 + 3 + 5 Jahre vorgesehen. Ausdrücklich stellte die Kultusministerin in diesem Zusammenhang aber fest, daß eine Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit für Lehrkräfte nicht beabsichtigt sei. R. L.

Post an die LSV

Das JNW und die BSV haben sich nun gemeinsam vorgenommen, in einer bundesweiten Kampagne verschiedene Schritte zur Verbesserung der Situation von schwulen und lesbischen Jugendlichen im Bereich Schule zu ergreifen. Die grundlegende Idee dabei ist es, das „Fach- und Sachwissen“ von Lambda mit den organisatorischen und infrastrukturellen Möglichkeiten der LSVen bzw. der BSV zu vereinen (mögliche Projekte: siehe Arbeitspapier Projektvorschläge).

LSV-Infodienst 2/99



„Von wegen Klappe halten – nutze Dein Recht“

K i e l – „Von wegen Klappe halten – nutze Dein Recht“, heißt eine Aktion der Landesschülervertretung schleswig-holsteinischer Gymnasien und Gesamtschulen, mit der Schüler auf ihre Rechte aufmerksam gemacht werden. Die Kampagne begann am 8. Februar in Kiel. Unterstützt wird sie vom Norddeutschen Rundfunk und den „Kieler Nachrichten“. Dabei informieren Faltposter und Plakate über das Wahlrecht mit 16 und über das neue Schulgesetz. Die Kampagne endet im Mai mit der zusätzlichen Herausgabe eines Handbuchs für die Schülervertretungen. dpa

TOP 1: Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) 1999

Zu Beginn dieses Punktes entbrennt eine sehr kontroverse Diskussion über den Termin der BDK (11.-13. Juni 1999). Es wird gefordert, die BDK um eine Woche zu verschieben, da am Sonntag, den 13. Juni 1999 die Wahl zum Europaparlament stattfinden wird. Letztendlich wird entschieden, am alten Termin festzuhalten.

Die LSV Hessen, die beauftragt wurde, sich um einen Tagungsort zu kümmern, berichtet über den derzeitigen Stand: Die Schule steht bereits fest, der Schulleiter hat zugesagt. Die BDK wird in Gelnhausen bei Frankfurt (Main) stattfinden. Auf Nachfrage wird bestätigt, dass es gute Nahverkehrsverbindungen an den Frankfurter Hauptbahnhof gibt (S-Bahn).

Außerdem wird die LSV Hessen die Kosten für die Verpflegung übernehmen. Gekocht wird vom Schulpersonal (Mensaküche).

Die weitere organisatorische Arbeit wird vorerst vom Geschäftsführer in Absprache mit der LSV Hessen übernommen.

Die inhaltliche Gestaltung übernimmt federführend das Präsidium des Bundesausschusses. Dieses wird beauftragt, zur nächsten Sitzung einen Entwurf für ein inhaltliches Konzept (Ablaufplan) vorzulegen.

Es wird möglichst bald vom BuA-Prä und dem BGF ein Info-Brief an die LSVen verschickt, der die BDK offiziell ankündigt und den LSVen klarmachen soll, welche Aufgaben nun auf sie zukommen (Wahl von zehn Delegierten, Vorbereitung, ...). Auch soll in diesem Brief nochmals das Schwerpunktthema „Demokratie in der Schule“

vorgeschlagen werden. Die LSVen sollen dann ergänzende bzw. alternative Vorschläge machen. Diese werden im Konzeptentwurf des BuA-Prä berücksichtigt.

*Wir sollten schauen,
dass wir da auch je-
manden hinschicken!*

Gegen Benotung protestiert: Zeugniskopien verbrannt

W i e s b a d e n – Mit öffentlichen Verbrennungen von Zeugniskopien haben in Hessen, Rheinland-Pfalz und Berlin Schülervertreter gegen die Benotung an den Schulen protestiert. Statt dessen verlangten sie in Hessen und Rheinland-Pfalz ausformulierte Beurteilungen der Stärken und Schwächen des einzelnen Schülers. Etwa 40 Schüler nahmen an der Demonstration teil.

Die bisher üblichen „Ziffernnoten“ stellten eine Rangordnung her und entschieden über die Chancen des Einzelnen, sagte der hessische Landesschülersprecher Florian Maak. Unter ihrem Diktat hätten die Schüler immer nur die jeweils nächste Klassenarbeit im Auge. Deshalb behinderten Noten den Auftrag der Schule, zu lebenslanger Lernfähigkeit, Mündigkeit und Kritikvermögen zu erziehen.

Mit einer Zeugnisverbrennung auf dem Alexanderplatz protestierten Schüler auch in Berlin. Vertreter der Linken SchülerInnenaktion legten am Tag der Zeugnisvergabe ihre „Giftblätter“ in eine Tonne und zündeten sie an. Unter dem Motto „Noten zu Asche – Zeugnisse zu Staub“ wandten auch sie sich grundsätzlich gegen den „ungerechten und repressiven Charakter von Noten“. dpa